

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 6

Artikel: Das Problem der arabischen Flüchtlinge ist nicht unlösbar
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

für Polen bereits angekündigt hat. Erweist sich die neue Landwirtschafts-, Industrie- und Handelspolitik in Polen als wirksames Mittel zur Hebung des Lebensstandards, so werden auch die andern Partner im kommunistischen Ostraum dem Beispiel folgen. Freilich wird dieser Prozeß viel Zeit brauchen. Eine Revision der wirtschaftspolitischen Ziele verlangt Korrekturen der Volkswirtschaftspläne und berührt selbstverständlich auch die Integration aller Partner im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau.

ALFRED JOACHIM FISCHER

Das Problem der arabischen Flüchtlinge ist nicht unlösbar

Während eine sehr geschickte Propaganda ununterbrochen an die aus Palästina geflüchteten Araber erinnert, spricht man kaum mehr davon, daß bereits mehr als 400 000 verfolgte Juden die arabischen Staaten verlassen haben, um sich in Israel niederzulassen. Ihre rasche Einordnung verhinderte neue menschliche Tragödien und ein zusätzliches Politikum.

Mit europäischen Augen betrachtet und europäischen Maßstäben gemessen, ist die Frage der arabischen Flüchtlinge unverständlich und verwirrend. In der Deutschen Bundesrepublik wurde ein Lastenausgleich geschaffen und kümmerten sich soziale Institutionen um die vertriebenen Landsleute. Die Finnen sahen sich nach zwei verlorenen Kriegen von einem Menschenstrom aus Karelien und dem Petsamogebiet überflutet. Durch hohe Sondersteuern und eine drastische Bodenreform sowie wirkungsvolle Arbeits- und Wohnungsbeschaffung ist die Einordnung vollkommen geglückt. In Israel hat man den Lebensstandard freiwillig gesenkt und Jahre harter Entbehrungen ertragen, damit mehr und mehr Juden den rettenden Hafen erreichen und absorbiert werden konnten. Nichts dergleichen beobachten wir bei den Arabern — trotz allen Lippenbekenntnissen zur arabischen Solidarität. Dabei kann schon zahlenmäßig von keiner unerträglichen Belastung die Rede sein. Vierzig Millionen Arabern würde die Aufgabe zufallen, nach ihren eigenen, vermutlich übertriebenen Angaben eine Million Palästinaflüchtlinge, nach israelischen und UNO-Quellen etwa 800 000 ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Wie aber sieht die harte Wirklichkeit aus? Der durch die steigenden Schürfgelöhner immer wohlhabender werdende Irak hat überhaupt keine Flüchtlinge aufgenommen. Auch Saudiarabien, dessen Herrscher, weil sich in seiner Krone die kostbaren muselmanischen Juwelen Mekka und Medina befinden, ein besonders hohes Prestige genießt, gibt zwar viele Millionen aus amerikanischen Öltantiemen für arabische Propaganda und ähnliche Zwecke aus, bot jedoch keinem einzigen Palästinaflüchtling eine neue

Heimstätte. Diese Haltung trifft genau so auf Bahrein, Kuwait und Qatar zu. Bei einer Einwohnerzahl von insgesamt 9 300 000 verfügen die fünf Ölimperien über ein Einkommen von 434,3 Millionen Dollar jährlich. Zu beträchtlichen Teilen wird es unproduktiv in ausländischen Wertpapieren angelegt. Hingegen sieht man von allen Arbeitsbeschaffungen, Ansiedlungsprojekten usw. ab. Am krassesten ist wohl das Beispiel Kuweits, dessen 170 000 Einwohner sich 139 Millionen Öldollar rühmen können. Der Jemen und Marokko haben hunderttausende Juden verfolgt, geächtet und zur Auswanderung gezwungen. Ihr bewegliches und unbewegliches Eigentum mußte zurückbleiben. Man schuf keinen Ausgleich, und arabischen Palästinaflüchtlingen bleiben die Tore verschlossen.

Vor kurzem fanden im Libanon, dem zivilisiertesten arabischen Staat mit einer zur Hälfte christlichen Bevölkerung, Wahlen statt. Palästinaflüchtlinge wurden unter Strafandrohung ausdrücklich davor gewarnt, sich an den Versammlungen oder gar dem Wahlakt selbst zu beteiligen. Ja, ihre Rechtlosigkeit geht noch weiter. Sie erhalten, wie der damit beschäftigte Direktor der UN-Hilfsorganisation feststellt, keine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung, müssen wie andere Ausländer als Zivilkläger in Strafsachen die Gerichtskosten hinterlegen und können Immobilien nur mit Zustimmung des Präsidenten der Republik erwerben. Um die Niederlassung der Flüchtlinge zu verhindern, wird sie praktisch fast nie erteilt. Auch das gesetzliche Anrecht auf Erwerb der Staatsbürgerschaft bleibt ihnen versagt, genau wie eine freie Aus- und Einreise. Der Libanon gewährt keinen neuen Flüchtlingen mehr auch nur zeitweiliges Asyl, so daß die Gesamtzahl auf einige 106 000 beschränkt bleibt. Für ein so reiches Land, dessen Freihafen Beirut und dessen Geld- und Goldhandel selbst in der Levante einzig dastehen, keine Glanzleistung!

Syrien mit nur 80 000 Flüchtlingen erteilt immerhin jedem Arbeitserlaubnis, der eine Beschäftigung findet, ist jedoch mit Gewährung der Staatsbürgerschaft genau so ungenerös wie der benachbarte Libanon.

Die Situation der über 465 000 Flüchtlinge in Jordanien ist eine politisch besonders komplizierte, da ja auch, abgesehen vom Gazastreifen, die Teile Palästinas, die heute nicht zu Israel gehören, dem jordanischen Königreich einverleibt worden sind. Daraus ergeben sich ständige Konflikte. Während die ursprünglichen Untertanen des haschemitischen Königreiches kriegerische und größtenteils nomadisierende Beduinen, loyal zur Dynastie standen und stehen, empfinden die hinzugekommenen weit gebildeteren und zivilisierteren palästinensischen Brüder keine Treuegefühl dieser Art. Sie sind ägyptischen und prosowjetischen Einflüssen, wobei sich beide Begriffe oft überschneiden, mehr als zugänglich. Sozial wird scharf differenziert. Jene Familien, denen es noch ohne Gefahr glückte, mit allem beweglichen Eigen-

tum aus dem heutigen Israel hinüberzugelangen, sind in ihrer Initiative nicht eingeschränkt und können nach alter Gewohnheit luxuriös leben. Alle anderen überläßt man seit bald einem Jahrzehnt dem traurigen Lagerleben.

Ähnlich wie die eben geschilderte Taktik von Amman ist die von Kairo, ganz gleich ob König Faruk, General Naguib oder Oberst Nasser an der Spitze steht. Vermögende arabische Palästinenser durften nach der Hauptstadt oder nach Alexandrien. Gegen 200 000 Habenichtse wurden auf den 40 Kilometer langen und 8 Kilometer breiten Gazastreifen konzentriert. Nur wer sich dort aufhält, darf an der internationalen Hilfe, von der noch näher die Rede sein wird, anteilhaben. In Kairo werden großarabische Parolen geschmiedet. Um aber den Brüdern aus Palästina keinen Status gewähren zu müssen, hat man den Gazastreifen nie annektiert, sondern immer nur als militärisches Hoheitsgebiet bei diktatorischen Vollmachten des Gouverneurs und eingeschränktester Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit betrachtet.

Vermissen wir also die emotionellen Bindungen und Pflichtgefühle, die andere Völker für ihre vertriebenen Landsleute aufbringen, so ist der Mangel an Verantwortungs- und Schuldbewußtsein ein nicht geringer. Hier machen es sich die Araber einfach. Sie stellen die Situation einfach so dar, als ob die Israelis und die Vereinten Nationen die Suppe eingebrockt hätten und sie nun auslöffeln müßten.

Rein objektiv liegt jedoch weder eine Verantwortung der Vereinten Nationen noch der Juden vor. Die Araberstaaten waren es, die den Teilungsbeschluß Palästinas der höchsten internationalen Organisation vom 9. November 1947 mit Waffengewalt bekämpften. Ohne den von ihnen entfachten Krieg gäbe es keinen einzigen arabischen Flüchtling.

Zweifellos mögen viele durch ihr schlechtes Gewissen in die Nachbarländer getrieben worden sein. Monatelang waren ja Mord an den Juden, Raubüberfälle auf ihre Siedlungen, Brandschätzungen und Sabotage aller Art an der Tagesordnung gewesen. Als dann die Drohung, die Juden ins Mittelmeer zu treiben, gegenstandslos wurde, als der militärische Spaziergang mißglückte und die Angreifer aufs Haupt geschlagen wurden, da mögen manche Furcht vor Vergeltung gehabt haben. Eine einzige solche Maßnahme von jüdischen Terroristen, die die anerkannte Selbstwehr scharf verurteilte, führte zu einer gewissen Panik, besonders, da sie der Arabische Oberste Rat und die Arabische Liga propagandistisch gewissenlos ausschlachteten.

Alle solchen Gründe hätten jedoch höchstens tausend, keinesfalls aber Hunderttausende zum Verlassen ihrer Heimat veranlaßt. Die Verantwortung liegt vielmehr bei der Arabischen Liga und dem Arabischen Obersten Rat, in deren Auftrag die Armeen von sechs Staaten 1948 einen Tag nach der Proklamierung Israels eingerückt waren. Sie forderten ihre palästinensischen Brüder ununterbrochen auf, Häuser und Felder kurzfristig zu verlassen, um

bestimmt sehr rasch zurückkehren und an der Beute mitzuprofitieren. Jüdischerseits ist nichts unterlassen worden, um diesen Exodus zu verhindern und, als das nicht mehr möglich war, mindestens einzudämmen. Nach ihren Siegen in Haifa, Tiberias und anderen Orten, wo früher ein gutes Verhältnis zwischen beiden Bevölkerungsteilen vorhanden gewesen ist, kam es zum Waffenstillstand, der allerdings immer wieder durch importierte Banden gebrochen wurde.

Auch britische, bestimmt nicht antiarabisch voreingenommene Bericht-erstatte aus dieser Zeit bestätigen, daß die Araber von ihren jüdischen Nachbarn geradezu inständig gebeten worden sind, zu bleiben, ihre Geschäfte fortzuführen und ihre Arbeit und Wohnungen nicht im Stich zu lassen.

Wer sich von den Parolen der Arabischen Liga nicht einschüchtern ließ, so die Bewohner der Dörfer Abu Gosch in den Judäischen Bergen und Fureidis in der Küstenebene von Samaria, dem hat niemand sein Heimatrecht streitig gemacht. Dabei wäre hier, in unmittelbarer Nähe großer jüdischer Siedlungen eine Vertreibung natürlich ein Kinderspiel gewesen. Nazareth ist immer noch eine arabische Stadt. Als während der letzten Kampftage die Araber Galiläas sich von billigen Versprechungen nicht hinreißen ließen, krümmte ihnen niemand ein Haar, obgleich gerade diese Distrikte an strategisch höchst verwundbaren Stellen liegen.

Heute leben gegen 200 000 Araber in Israel, jedoch kein einziger Jude in der arabisch gewordenen Altstadt Jerusalems oder in den anderen zu Jordanien geschlagenen Teilen Palästinas. Interessant ist eine vergleichende Ziffer: beinahe fünf Sechstel der früher in Israel lebenden mohammedanischen Araber sind zu Flüchtlingen geworden, hingegen aber nur die knappe Hälfte ihrer christlichen Mitbürger, was als erneuter Beweis für die teils offenen, teils schwelenden Differenzen zwischen den beiden Konfessionen im Mittleren Osten gelten kann.

Von den internationalen Hilfsorganisationen, an erster Stelle der UNRWA (United Nations Relief and Works Organisation) werden 872 000 arabische Flüchtlinge in jeder Weise versorgt. Diese Zahl entspricht ungefähr der des Jahres 1948/49. Viele tausende ansässige Araber und viele Beduinen, die niemals durch Palästina nomadisiert sind, wurden zu Flüchtlingen deklariert, um sie in den Genuß der Hilfe zu bringen.

Während eines Besuches des Gazastreifens berichteten mir die UNRWA-Beamten erstaunliche Einzelheiten. Da Ägypten alle Waren nach diesem traurigen Gebiet importiert, hingegen nur wenig exportiert, und so einige früher blühende Industrien zugrunde gingen, herrscht allgemeine Not, und man zieht, wenn immer möglich, die generöseren Unterstützungen der UNO-gespeisten Organisation den kleinlichen der eigenen Behörden vor.

Worüber sich einige ägyptische Blätter bereits zynisch geäußert hatten:

Viele Arbeiter beneiden die materiell sichergestellten Flüchtlinge. Geschickt geführte Ausländer, die direkt vom großstädtischen Luxushotel zu den Lagern gebracht werden, sehen natürlich nur ein erschreckendes Elend. Ich kenne die Lehmhütten der Fellachen und ihre Hungerdiät mit Oliven als Basis und sehe die Dinge natürlich mit anderen Augen. In Gaza wohnten die Flüchtlinge besser und hygienischer als die meisten ansässigen Araber, erkannte man sie schon an der relativ guten Kleidung und den haltbaren Schuhen, verfügten sie über eine ausgezeichnete Gesundheitsfürsorge und selbst nach westlichen Maßstäben über aner kennenswerte Schulen und Fachschulen.

Wie mir die UNRWA-Leute versicherten, gibt es weder hier noch in den Lagern der übrigen Länder zuverlässige Zahlen. Jede Geburt wird sofort gemeldet, erstaunlicherweise gibt es jedoch keine Todesfälle. Vielmehr leben die Familien weiter von den Rationen der verschiedenen Angehörigen. Kontrollen sind schwer möglich. Immer wieder kommt es vor, daß jemand in Gaza seine Rationen als Mustafa Ahmed und in Khan Yunis als Ahmed Mustafa abholt.

Bisher sind für die Flüchtlinge rund 150 Millionen Dollar verpulvert worden, ohne ihnen die Sicherheit einer neuen Heimat und einer materiellen Basis zu bieten. Statt dessen legt man die Flüchtlingslager ganz in die Nähe der israelischen Grenze und der früheren Wohnplätze und schafft so einen politischen Druck und bei unbeschäftigten, unausgefüllten Menschen, die leicht zum Fanatismus neigen, gefährlichen Radikalismus. Nicht ganz zufällig sind die meisten Araber, die in Israel Sabotageakte verüben oder den berüchtigten, ägyptisch kontrollierten Fedayin-Selbstmordkommandos angehörten, palästinensische Flüchtlinge.

Mit dem ihnen eigenen Zynismus und Unrealismus fordern die arabischen Staaten die Rückkehr aller Flüchtlinge nach Israel und koppeln sie jede politische Frage damit, während ihre Ministerpräsidenten und Minister und ihre Presse offen erklärten, diese potentiellen Rückwanderer seien nur als Fünfte Kolonne gedacht, um die Zerschlagung des jüdischen Staates vorzubereiten. Israel ließe rund 35 000 wieder herein, größtenteils im Zuge der Familienzusammenführung. Monatelang hatten die arabischen Regierungen unverständlicherweise dagegen oponiert, weil sie alles oder nichts wollten. Von der israelischen Regierung wurden auch die blockierten Sparkonten der Flüchtlinge freigegeben, während die aus den arabischen Staaten vertriebenen Juden bisher keinen Rappen erhielten.

Der praktische Bevölkerungsaustausch zwischen den Arabern Israels und den Juden Arabiens setzt sich ununterbrochen fort und dürfte in einigen Jahren zum zahlungsmäßigen Ausgleich führen. Hier würde sich also eine sachliche Verhandlungsbasis ohne Prestigeverlust ergeben. Da die israelische

Regierung zu Kompensationen für das verlorengegangene Eigentum jederzeit bereit ist und einer weiteren beschränkten Aufnahme von Arabern trotz der großen Bevölkerungsdichte zustimmen würde, wären bei gutem Willen auf der anderen Seite Kompromisse durchaus denkbar.

Amerika und andere Mächte haben sich immer wieder bereit erklärt, eine produktive Einordnung zu finanzieren, die auf die Dauer wohl billiger käme als die unproduktive, und auch Israel würde im Rahmen seiner begrenzten materiellen Möglichkeiten alle erdenklichen Opfer dafür bringen. Dank den neuen, mit dem Ölreichtum zusammenhängenden Industrialisierungsprojekten sind Chancen für die Techniker und andere Fachkräfte überreichlich vorhanden, die in den Lagern ausgebildet wurden, ohne ihre Kenntnisse zu verwerten, weil durch die arabische Flüchtlingspolitik selbst ausländische Experten vorgezogen werden. Trotz dem hohen Prozentsatz an Analphabeten bleiben auch die Lehrer stellenlos.

Israel mit seiner hochkomplizierten, ganz modernisierten Wirtschaft wäre für die einstigen arabischen Einwohner eine fremde Welt, in der sie sich kaum mehr zurechtfinden könnten. Dagegen brauchten die menschenleeren Riesenflächen Syriens und vor allem des Iraks mehr schaffende Hände als die sämtlicher Flüchtlinge, um neue, fruchtbare Provinzen zu schaffen. Vor kurzem hat der irakische Außenminister als erster den Mut zu der Bemerkung gehabt, sein Land allein könnte durch Ansiedlung die ganze Flüchtlingsfrage auf einmal quittieren. Auf ägyptischen Druck hin mußte er dann dementieren. Immerhin beweist die irakische Äußerung, daß eine realistische Einsicht aufzukeimen beginnt.

Nur eine positive Lösung dieses Problems könnte eine große menschliche Tragödie wiedergutmachen und den ewigen Brand im Mittleren Osten, der auf die ganze Welt überzugreifen droht, zum Löschen bringen.

FRITZ N. PLATTEN

Sowjetstatistik als Ankläger

Der XX. Parteitag der KPdSU war in mehr als einer Hinsicht ein Wendepunkt. Wenn sich auch die Chruschtschowsche «Abrechnung» mit dem Stalinismus inzwischen als ein Strohfeuer herausgestellt hat, so brachte der XX. Parteitag doch noch andere Überraschungen. Eine davon war die Tatsache, daß mit der traditionellen Geheimnistuerei in bezug auf statistisches Zahlenmaterial teilweise gebrochen wurde und nach mehr als zwanzigjähriger Pause wieder Effektivzahlen bekanntgegeben wurden, mit deren Hilfe überhaupt erst ein Vergleichen möglich ist. Unter Stalin gab es keine Tat-